

Stellungnahmen Stellungnahme zu einem Verordnungsvorschlag zur Zulassung von zentralen Gegenparteien und zu den Anforderungen für die Anerkennung zentraler Gegenparteien aus Drittstaaten

7. Dezember 2017

Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) hat zu dem Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde sowie der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 hinsichtlich der für die Zulassung von zentralen Gegenparteien (Central Counterparties - CCPs) anwendbaren Verfahren und zuständigen Behörden und der Anforderungen für die Anerkennung zentraler Gegenparteien aus Drittstaaten Stellung genommen. Die DK unterstützt den Vorschlag der Kommission einer verstärkten Beaufsichtigung und die Einführung neuer Aufsichtsbefugnisse gegenüber zentraler Gegenparteien, insbesondere in Drittländern, um die Stabilität der europäischen Finanzmärkte und insbesondere die Stabilität von CCPs, als kritische Marktinfrastrukturen, weiter zu verbessern.